

19/20

78

# Union in Deutschland

Bonn, den 11. Mai 1978

## Liebe Freunde,

Bürger, Staat und Wirtschaft sind mit einer Vielzahl schwerwiegender Probleme gleichzeitig konfrontiert: Arbeitslosigkeit, Wachstumsschwäche, Bildungsengpässe, Geburtenrückgang, neue soziale Fragen und weitere wichtige Probleme müssen gemeistert werden. Gleichzeitig wachsen die Anforderungen in der Außenpolitik, besonders in der Sicherheitspolitik. Die Probleme haben ein Ausmaß erreicht, das dringend eine grundlegende Neuorientierung der Politik erfordert.

Die Bundesregierung ist abhängig vom Gutdünken einer handvoll radikaler sozialistischer Abgeordneter. Mit einer Bundesregierung, die nur noch versucht, über die Runden zu kommen, lassen sich die vor uns liegenden Probleme nicht lösen. Ein Wechsel in der Regierungsverantwortung ist vernünftig und notwendig. Denn:

— es widerspricht politischer Vernunft, die Bekämpfung des Terrorismus am partei-internen Ränkespiel der SPD scheitern zu lassen; vernünftig ist es, rechtzeitig und entschlossen den Terrorismus zu verhindern und sich mit seinen ideologischen Ursachen auseinanderzusetzen.

— es widerspricht politischer Vernunft, in der Rentenfrage die älteren Menschen zu verunsichern; vernünftig ist, durch das Festhalten an der bruttolohnbezogenen dyna-

Weiter auf Seite 2

### ■ BRESCHNEW

Erklärung des CDU-Präsidiums  
zum Breschnew-Besuch Seite 3

### ■ FINANZEN

Vorrangig ist ein weiterer Abbau  
der Überbesteuerung / Tabel-  
larische Übersicht über die  
Konjunkturprogramme, Eigen-  
kapital der Wirtschaft sowie  
Steigerung und Progression der  
Lohnsteuer Seite 5/7

### ■ BERLIN

Wehner-Erklärung schadet  
deutschen Interessen Seite 9

### ■ MITTELSTAND

Bericht vom 23. Bundeskongreß  
in Göttingen / Aderlaß der  
Selbständigen muß gestoppt  
werden Seite 11

### ■ CDU-FRAUEN

In Bonn wurde ein neues  
Aktionsprogramm vorgestellt  
Seite 13

### ■ ÖA

Vorschläge für die Verwendung  
des Europa-Signets Seite 14/15

### ■ DOKUMENTATION

Wortlaut des Entwurfs für ein  
Grundsatzprogramm der CDU /  
Fahrplan für die Diskussion  
und Verabschiedung

Grüner Teil

- mischen Rente das Vertrauen in den Generationenvertrag, in seine Sicherheit und Dauerhaftigkeit zu stärken,
- es widerspricht politischer Vernunft, trotz anhaltender Aufrüstung des Warschauer Paktes unsere Verteidigungskraft durch das verfassungswidrige Aushöhlen der Wehrpflicht und das Gerede über die Neutronenwaffe zu schwächen; vernünftig ist, durch eine Politik der Stärkung unserer inneren und äußeren Verteidigungskraft das Risiko eines Krieges zu vermindern.

Um die Durchsetzung dieser Politik der Vernunft geht es in den anstehenden Wahlen, in Niedersachsen und Hamburg am 4. Juni, in Hessen am 8. und in Bayern am 15. Oktober. Wir haben eine große Chance, in diesen Ländern klare Mehrheiten für unsere Politik zu gewinnen und dadurch auch die bundespolitische Entwicklung entscheidend zu beeinflussen. In allen Wahlkampfeinsätzen spüre ich den Wunsch der Bürger nach einer grundlegenden politischen Veränderung. Deshalb verdienen diese Wahlkämpfe den Einsatz aller unserer Kräfte.

Der Bundesvorstand der Partei hat inzwischen seinen Entwurf für ein Grundsatzprogramm abschließend bestätigt und veröffentlicht. Die Arbeit am Grundsatzprogramm ist eine notwendige Ergänzung unseres Wahlkampfeinsatzes. Sie unterstreicht unsere Fähigkeit, der deutschen Politik wieder langfristige und zuverlässige Orientierungen zu geben. Der Programmentwurf des Bundesvorstandes an den Bundesparteitag 1978 (abgedruckt in diesem UID und in der nächsten Ausgabe des Deutschen Monatsblattes) ist das Ergebnis intensiver Diskussionen im Bundesvorstand der CDU, die einen breiten Konsens über Grundwerte und Grundsätze unserer Politik ergeben haben. Der Programmentwurf wurde einstimmig beschlossen. Selbstverständlich ist auch dieser Entwurf einer konstruktiven Weiterentwicklung fähig. Ich bitte deshalb alle Gliederungen der Partei ausdrücklich um eine lebendige Beratung. Die große Übereinstimmung, die uns alle verbindet, wird gewährleisten, daß die CDU in dieser Diskussion zu noch größerer Geschlossenheit findet. Sie wird die Bürger davon überzeugen, daß die CDU die geistig und politisch führende Partei der Bundesrepublik Deutschland ist. Während die Wahlkämpfe in Niedersachsen und Hamburg in ihr entscheidendes Stadium treten, haben in der Bundesgeschäftsstelle umfangreiche Vorbereitungen für die ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament im Juni des kommenden Jahres begonnen. Für die CDU, die Partei der europäischen Einigung, steht die Bedeutung dieser Wahlen außer Frage. Sie sind keine Spielwiese für die Erprobung innenpolitischer Wahlstrategien. Die Verflechtung und damit auch Abhängigkeit zwischen den europäischen Staaten und Gesellschaften nimmt zu. Nur zusammengeschlossen kann das freie Europa dem zunehmenden Gewicht des Ostblocks begegnen und dazu beitragen, daß die Spaltung Europas und damit auch Deutschlands mit der Zeit überwunden wird.

Ihr

Winnert  
Süsser

## ■ BRESCHNEW-BESUCH

# Nicht schöne Worte schaffen Vertrauen sondern Taten

**Wir begrüßen es, daß es beim Besuch des sowjetischen Staats- und Parteichefs, Generalsekretär Leonid Breschnew, zu einem offenen Meinungsaustausch zwischen den politischen Verantwortlichen beider Länder gekommen ist. Solche Begegnungen liegen im Interesse beider Seiten, wenn sie keine trügerische Übereinstimmung schaffen, stellte das CDU-Präsidium in einer Erklärung fest.**

**E**rst die kommenden Monate und Jahre werden zeigen, wie weit die Übereinstimmung zwischen Bonn und Moskau in Tat und Wahrheit erreicht

werden konnte und ob der sowjetische Partner die Weisheit und den Willen aufbringt, den elementaren Überzeugungen, Rechten und Interessen des deutschen Volkes stärker Rechnung zu tragen als bisher.

Entspannung kann Entspannungsgerede oder Entspannungswirklichkeit sein. Die CDU will echte Entspannung, Friede und Zusammenarbeit. Dazu gehört die Verwirklichung der Menschenrechte überall in der Welt. Die Schlußdokumente werden nicht an ihren Worten, sondern erst an ihren Wirkungen gemessen werden. Nicht schöne Worte schaffen jenes Vertrauen, von dem im

## Eine Mahnung für alle Europäer

Zum Tode von Aldo Moro erklärt Helmut Kohl:

Der Tod Aldo Moros ist nun zur schrecklichen Gewißheit geworden. Erfüllt von Abscheu und Entsetzen stehen wir vor einem neuen Opfer von Terror und Gewalt. In dieser Stunde denken wir mit Anteilnahme an die Angehörigen Aldo Moros, die unter der quälenden Ungewißheit der letzten Wochen unsagbar gelitten haben. Ihnen gilt unser herzliches Mitgefühl. Unsere Gedanken gehen zu all jenen, die dem großen italienischen Staatsmann nahestanden, persönlich und politisch. Die Democrazia Cristiana verliert einen ihrer bedeutendsten Führer. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands verliert einen großen Freund und Europäer, der die Zusammenarbeit der christlich-demokratischen Parteien Europas zu einem seiner politischen Hauptanliegen gemacht hatte.

Der Tod Aldo Moros mahnt uns zum entschiedenen Kampf gegen den Terrorismus über die Grenzen unseres Landes und über die Grenzen Italiens hinaus. Wir werden unseren freiheitlich demokratischen Rechtsstaat verteidigen, wir werden Europa nicht kriminellen Banden überlassen.

Verlauf des Besuches so oft die Rede war, sondern konkrete Taten.

Die Schlußdokumente sind — wie so viele deutsch-sowjetische Texte der letzten acht Jahre — der Versuch, die tiefgreifenden politischen Interessen- und Überzeugungsgegensätze zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland durch eine Ansammlung von wohlklingenden Formelkompromissen zu überdecken. Die Erfahrung gerade der letzten Jahre hat gezeigt, daß verbale Übereinstimmung noch keine Übereinstimmung in der Sache ist und deshalb zu Illusionen und Trugschlüssen führen kann.

Die Substanz der Dokumente wird sich in der sowjetischen Haltung gegenüber Berlin, in der Führung der MBFR-Verhandlungen und Abrüstungsgespräche in Genf, bei der sowjetischen Reaktion auf die Geste von Präsident Carter zur Neutronenwaffe, bei SALT, in der sowjetischen Afrika-Politik und auf der Abrüstungskonferenz der UNO zeigen.

Die CDU begrüßt das deutsch-sowjetische Abkommen über die langfristige Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie, das sich ausdrücklich auf das von einer CDU/CSU-geführten Regierung abgeschlossene deutsch-sowjetische Handelsabkommen von 1958 bezieht. Es entspricht der Forderung der CDU an die Bundesregierung, keine staatlichen Finanzierungszusagen zu geben, die über die bisherige Praxis hinausgehen. Bei der Durchführung des Abkommens wird es darauf ankommen, daß die Grundsätze wirtschaftlicher Ausgewogenheit und gegenseitigen Nutzens gewahrt werden und West-Berlin einbezogen wird.

In diesem Zusammenhang bedauert die CDU, daß die Einbeziehung West-Berlins in die drei nun schon über drei Jahre unterzeichnungsreifen Abkom-

men zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland erneut durch die unnachgiebige Haltung der sowjetischen Führung hinausgezögert wurde.

Die CDU wird jeden Versuch unterstützen, auf dem Gebiet der Abrüstung zu tragfähigen Ost-West-Regelungen zu kommen, die sicherheitspolitisch vertretbar sind und der Gefahr eines Krieges oder militärischer Erpressung entgegenwirken.

Die CDU wird auch zukünftig unermüdllich dafür arbeiten, daß die Spaltung Europas und mit ihr die Teilung unseres Vaterlandes in Frieden überwunden wird. Der Wille der deutschen Nation zur Einheit ist eine Realität und wird seine geschichtliche Kraft behalten.

Die CDU begrüßt es daher, daß der Bundespräsident in seiner Rede gegenüber Generalsekretär Breschnew noch einmal ausdrücklich bekundet hat, was für uns Deutsche Entspannung bedeutet: die Schaffung eines Zustandes in Europa, „in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“.

---

## Nach „Spiegel“-Beitrag vom Dienst suspendiert

Der Bonner Amtsrat Fritz Wilke (SPD-Mitglied), der kürzlich der Ministerialbürokratie in einem „Spiegel“-Beitrag eine Fülle von Fehlern und Leisetreteri gegenüber der DDR vorgeworfen hatte, ist vom Bundesjustizministerium vom Dienst suspendiert worden. Wie die „Kölnische Rundschau“ berichtet, ist gegen ihn „wegen Verletzung des Amtsgeheimnisses“ ein förmliches Disziplinarverfahren eröffnet worden. Der Beamte war bis zum vergangenen Jahr Sachbearbeiter in der Rechtsabteilung der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin.

## ■ FINANZPOLITIK

# Vorrangig ist ein weiterer Abbau der Überbesteuerung

Seit 1973 haben wir zwölf sogenannte Konjunkturstützungsprogramme erlebt. Von einem sich selbst tragenden dauerhaften Wirtschaftsaufschwung sind wir dennoch weiter entfernt denn je. Die Ursachen für unsere Fehlentwicklung liegen tiefer, als daß sie mit „Programmen“, zumal kurzfristigen, behoben werden könnten. Notwendig ist nicht diese oder jene neue Maßnahme. Erforderlich ist vielmehr ein von Grund auf neuer und stetiger Weg, der die private Leistungs- und Investitionsbereitschaft wieder auf Dauer stärkt.

In Bonn erläuterte der Vorsitzende des finanzpolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansjörg Häfele, den Standpunkt der Union: Die Finanzpolitik ist ein entscheidender Hebel, um die Fehlentwicklung Schritt für Schritt zu beenden und den neuen Weg zu eröffnen. Seit 1970 sind Staatsausgaben, Staatsschulden und Abgaben wesentlich schneller gewachsen als die Volkswirtschaft. Diesen falschen Weg müssen wir verlassen. Die neue Weichenstellung wird Mühe und Schweiß kosten. Sie ist nicht mehr von heute auf morgen zu vollziehen. Sie bedarf der Zähigkeit mehrerer Jahre.

Vorrangig ist ein weiterer Abbau der Überbesteuerung. In mehreren Stufen über einige Jahre hinweg ist die Steuerlast für die Arbeitenden und die Betrie-

be zu senken. Begonnen werden muß schon 1979 mit der Einführung eines neuen Einkommensteuertarifs. Sonst treffen Progression und heimliche Steuererhöhungen immer schärfer die Mehrheit aller Lohnsteuerzahler. In weiteren Schritten müssen vor allem die ertragsunabhängigen Steuern gesenkt werden.

Angesichts der tiefgehenden Fehlentwicklung wäre es natürlich vermessen zu glauben, eine Steuersenkung würde uns gleichsam von allein wieder auf den rechten Pfad bringen. Wenn die Steuersenkung nicht der glaubwürdige Beginn einer Wende in der Finanz- und Wirtschaftspolitik überhaupt ist, dann ist sie so unschön wie der goldene Löffel in der schmutzigen Hand.

Der Abbau der Steuerlast steht auch nicht im Widerspruch zur mittelfristig notwendigen Eindämmung der Staatsverschuldung, ist vielmehr eine entscheidende Voraussetzung dafür. Nur wenn wir die Leistungsbereitschaft erhalten und fördern und die Investitionsbremsen lösen, haben wir eine Chance, der öffentlichen Verschuldung Herr zu werden. Die Stärkung der privaten Kräfte setzt bei den öffentlichen Händen eiserne Sparsamkeit über mehrere Jahre hinweg voraus.

Die CDU/CSU hat die klare Alternative. Sie setzt auf eine stetige Wirtschafts- und Finanzpolitik, welche die privaten Kräfte stärkt und nicht bremst und gän-

## 12 Konjunkturprogramme

Datum	Vorhaben	Mehrausgaben	Einnahmeausfälle	Zusammen
22. 11. 1973	1. Konjunkturbelebungsprogramm (Zinsverbilligung zugunsten des Wohnungsbaus, Anwerbestopp für ausländische Arbeitnehmer).	0,25	.	0,25
5. 12. 1973	2. Konjunkturbelebungsprogramm (Aufhebung der vorgesehenen Streckung der Mittel für Gemeinschaftsausgaben).	.	.	.
19. 12. 1973	3. Konjunkturbelebungsprogramm (Aufhebung der Investitionssteuer, Wiederzulassung der degressiven Abschreibung für bestimmte Wirtschaftsgüter, Wiederinkraftsetzung des § 7 b EStG).	.	.	.
6. 2. 1974	4. Konjunkturbelebungsprogramm (Sonderprogramm für Gebiete mit speziellen Strukturproblemen).	0,9	.	0,9
25. 9. 1974	5. Konjunkturbelebungsprogramm (Sonderprogramm zur regionalen und lokalen Abstützung der Beschäftigung).	0,95	.	0,95
12. 12. 1974	6. Konjunkturbelebungsprogramm (Ausgaben zur Stärkung der Investitionen, Lohnkostenzuschüsse für Arbeitgeber, Mobilitätszulagen an arbeitslose Arbeitnehmer, Investitionszuschüsse im Bereich des sozialen Wohnungsbaus, befristete Investitionszulage von 7,5% für Anlageinvestitionen).	1,73	7,7	9,43
27. 8. 1975	7. Konjunkturbelebungsprogramm (Programm zur Stärkung von Bau- und anderen Investitionen).	5,75	.	5,75
28. 1. 1976	8. Konjunkturbelebungsprogramm (zusätzliche Arbeitsförderungsmaßnahmen für Jugendliche und schwer vermittelbare Arbeitslose).	0,3	.	0,3
10. 11. 1976	9. Konjunkturbelebungsprogramm (zusätzliche arbeitsmarktpolitische Beschäftigungshilfen und andere Erleichterungen zur Förderung der Arbeitsaufnahme).	0,43	.	0,43
2. 3. 1977	10. Konjunkturbelebungsprogramm (Erweiterung der Abschreibungsvergünstigung des § 7 b EStG sowie der Grunderwerbsteuerbefreiung durch Gesetzentwurf über steuerliche Vergünstigungen).	.	.	.

23. 3. 1977	11. Konjunkturbelebungsprogramm (Programm für Zukunftsinvestitionen im Umfang von 16 Mrd. DM für die Zeit von 1977 bis 1980).	16,0 <sup>1)</sup>		16,0
25. 5. 1977	12. Konjunkturbelebungsprogramm (Bereitstellung zusätzlicher Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Aufstockung und Fortsetzung des regionalen Wohnungsbauprogramms).	0,6		0,6
Summe		26,9	7,7	34,6

<sup>1)</sup> Verteilt auf die Jahre 1977, 1978, 1979, 1980.

## Seit 1970: Eigenkapitaldecke der deutschen Wirtschaft schrumpft

1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976
<b>Jahresüberschuß in % des Umsatzes</b>						
3,6	3,3	3,2	2,6	2,2	2,2	2,5
<b>Eigenerwirtschaftete Mittel<sup>1)</sup> in % des Umsatzes</b>						
8,0	7,6	7,5	6,8	6,2	6,2	6,8
<b>Eigenmittel<sup>2)</sup> in % der Bilanzsumme</b>						
26,2	25,7	24,5	24,0	23,9	24,0	23,0

**Quelle:** Deutsche Bundesbank, hochgerechnete Ergebnisse.

<sup>1)</sup> Jahresüberschuß zuzüglich der Abschreibungen auf Sachanlagen und der Veränderung der Rückstellungen.

<sup>2)</sup> Eigenkapital und Rücklagen.

## 1980: Bereits 60 % aller Lohnsteuerpflichtigen in der Progression

Jahr	Lohnsteuerpflichtige in der Proportionalzone		Es wachen in die Steuerprogression hinein	Lohnsteuerpflichtige in der Progression in v. H.
	in Mill.	in v. H. aller Lohnsteuerpflichtigen		
1976	13,8	66	.	34
1977	12,4	59	+ 1,4 Mill.	41
1978	11,4	54	+ 1,0 Mill.	46
1979	9,9	47	+ 1,5 Mill.	53
1980	8,5	40	+ 1,4 Mill.	60

## Überproportionale Steigerung des Lohnsteueraufkommens

	1970	1977
Nominales Bruttosozialprodukt	100	175,7
Lohnsteueraufkommen	100	258,7
Bruttolohn- und Gehaltssumme	100	178,8

## ■ INFORMATION

### Es blieben immer noch eine Million

Zu den jüngsten Zahlen des Arbeitsmarktes nimmt der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Adolf Müller-Remscheid, MdB, wie folgt Stellung: 1 000 429 Arbeitslose, gleich 4,4 v. H., bedeuten im Durchschnitt der ersten vier Monate dieses Jahres über 1,1 Million. Der Abnahme der Zahl der Arbeitslosen in Höhe von 98 540 steht eine Zunahme der Kurzarbeiter von fast 73 000 gegenüber. Wenn auch die Zahl der offenen Stellen um knapp 10 000 gestiegen ist, so sind die neuesten Daten des Arbeitsmarktes nicht geeignet, frühlingshafte Hoffnung zu wecken.

Nach diesem Abbau der saisonalen Winterarbeitslosigkeit bleibt die unerträglich hohe Zahl von einer Million. Wir warnen vor der Gewöhnung an diese Dauerarbeitslosigkeit. Es genügt nicht, am Mai-Feiertag zu protestieren und zu demonstrieren. Notwendig ist eine Politik des wirtschaftlichen Vertrauens, Abbau der Investitionshemmnisse, Anwendung des gesamten arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums, um Hoffnung einkehren zu lassen und nicht zu resignieren oder die exorbitant hohe Zahl der Arbeitslosigkeit als unabänderliches Schicksal hinzunehmen.

### Steuersenkungen 1980 als Wahlgeschenk?

Der rheinland-pfälzische Finanzminister Gaddum hat die Ankündigung von Bundesfinanzminister Matthöfer für eine Lohnsteuersenkung frühestens 1980 angegriffen und die Frage aufgeworfen,

ob „Matthöfer Steuersenkungen als Wahlgeschenk präsentieren“ will. Gaddum wies in Bonn darauf hin, daß schon 1979 die Lohnsteuer wieder doppelt so schnell steigen werde wie die Löhne. Auch der steuerpolitische Experte der CSU-Landesgruppe, Reinhold Kreile, warf Matthöfer eine „bewußte Herausforderung von Einkommensteuerentlastungen“ vor, um die „heimlichen Steuererhöhungen“ des Jahres 1979 „kassieren“ zu können.

### „Schmähkritik“ an Filbinger vom Gericht zurückgewiesen

Die Äußerung, der baden-württembergische Ministerpräsident Hans Filbinger befinde sich vermutlich nur dank des Schweigens derer auf freiem Fuß, die ihn aus seiner Zeit als Marinerichter bei Kriegsende kannten, ist unzulässig. Zu dieser Einschätzung kommt die Presse-kammer des Stuttgarter Landgerichts in der ersten Verhandlung im Rechtsstreit zwischen Ministerpräsident Hans Filbinger und dem Schriftsteller Rolf Hochhuth. Das Gericht macht sich damit die Auffassung Filbingers zu eigen und untersagt dem Autor die Wiederholung seines „außerordentlich harten Vorwurfs“, der den Charakter einer „Schmähschrift“ besitze.

### Schmidt: „Schnapsidee“ Veters

Die Bundesrepublik leidet unter „einer Inflation der Ansprüche an den Staat“, erklärte Bundeskanzler Schmidt auf einer Tagung in Bergneustadt. So sei die mehrfache Äußerung des DGB-Vorsitzenden Vetter, der Staat sei für die Vollbeschäftigung verantwortlich, eine „verworrene Vorstellung“. Schmidt: Dies ist eine „Schnapsidee“ angesichts der wirtschaftlichen Realität.

## ■ KOALITION

### Wehner-Erklärung schadet Berlin

**Herbert Wehners skandalöse Kritik an der Berlin-Politik der SPD/FDP-Bundesregierung seit dem Viermächteabkommen von 1971 in der ZDF-Sendung „Bonner Perspektiven“ (7. 5. 1978) dürfen Bundeskanzler Schmidt und Außenminister Genscher nicht auf sich beruhen lassen, stellte MdB Alois Mertes im Namen der Bundestagsfraktion fest.**

Eine eindeutige Richtigstellung der fahrlässigen oder zielbewußten Wortwahl Wehners ist um so dringender erforderlich, als die CDU/CSU mehrfach, zuletzt gegenüber Breschnew in Bonn, diese Berlin-Politik im wesentlichen mitgetragen hat.

Wenn Wehner unqualifiziert erklärt, Berlin sei kein konstitutiver Teil der Bundesrepublik Deutschland, so übernimmt er — sei es bewußt, sei es fahrlässig — eine von der Bundesregierung im Bundestag gerügte unzulässige sowjetische Verkürzung der entsprechenden Bestimmung des Berlin-Abkommens. Diese sagt nämlich ausdrücklich, Berlin sei „wie bisher“ kein konstitutiver Teil der Bundesrepublik Deutschland und werde „auch weiterhin“ nicht von ihr regiert.

Diese von den drei Westmächten mühsam erreichten vier Worte bedeuten: Das Berlin-Abkommen bestätigt die vorher seit 20 Jahren praktizierte Auffassung der Westmächte zum Rechtsverhältnis Berlin/Bundesrepublik Deutschland, lockert also diese Bindungen

nicht. Im Gegenteil: Es bestätigt sie und bejaht ausdrücklich ihre künftige Entwicklung.

Wehner unterstellt der eigenen Regierung — noch stärker als er das 1973 von Moskau aus über das sowjetische Fernsehen tat — ein unglaubliches Maß an leichtfertigen Versehen, an frischfröhlicher Probierlust, ja an bewußter Rechtswidrigkeit im Umgang mit dem Berlin-Abkommen, wenn er sagt: „Ich zähle hier nicht auf, was seit dem Abkommen von unserer Seite selbst — sei es versehentlich, sei es, weil man's mal probieren wollte, sei es auch bewußt fehlerhaft — gemacht worden ist. Das wird allmählich abgebaut werden können, und die Gegenseite, in diesem Fall die sowjetische Seite, wird nicht umhin können zu respektieren, wenn wir das Abkommen respektieren, das wir dort tun, was rechtens ist.“

Sollte die Bundesregierung Wehners illoyaler Forderung, „das wird alles allmählich abgebaut werden können“, auch nur im Ansatz entsprechen, wird sie auf den entschiedenen Widerstand der parlamentarischen Opposition stoßen.

### Aufschlußreiches Kommunalpapier der FDP

Das Kommunalpolitische Grundsatzprogramm, das der FDP-Bundeshauptausschuß in Berlin verabschiedet hat, enthält zahlreiche Forderungen für eine freiheitliche Kommunalpolitik, wie sie auch im Kommunalpolitischen Grundsatzprogramm der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands enthalten sind, stellt Horst Waffenschmidt, Bundesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU, fest.

Dies gilt insbesondere für die Aussagen zur Stärkung der Leistungskraft der

kommunalen Selbstverwaltung in den Städten, Gemeinden und Kreisen. Hier wird in den grundsätzlichen Aussagen eine politische Ausgangsposition erklärt, die eine verstärkte Zusammenarbeit der Unionsparteien mit der FDP im kommunalpolitischen Bereich ermöglicht, wie sie sich bisher auch bereits in zahlreichen Städten, Gemeinden und Kreisen bewährt hat.

Bemerkenswert sind die Aussagen zur Unterstützung von Privatinitiative und Selbsthilfegruppen der Bürger; denn auf Bundesebene ist die FDP als Koalitionspartner der SPD mitverantwortlich für eine Politik, die in den letzten Jahren in vielen Bereichen immer mehr Bürokratie und Staatsapparat hervorgebracht hat.

Im wichtigen Teil — kommunale Finanzausstattung — bekennt sich die FDP zu Positionen, die CDU und CSU seit langem vertreten und gerade in den letzten Monaten zum Gegenstand mehrerer parlamentarischer Initiativen im Bundestag gemacht haben. Glaubwürdigkeit und Durchschlagskraft dieser Forderungen werden daran zu messen sein, inwieweit diese Forderungen auf Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung durch bessere Qualität der Finanzausstattung das praktische Handeln der FDP in Bundestag und Bundesregierung und in der Landespolitik bestimmen.

## Zweierlei Maß

Der hessische Sozialminister Armin Clauss (SPD) hat es abgelehnt, sich von dem sozialdemokratischen Präsidenten des Landesarbeitsgerichts in Frankfurt, Hans Gustav Joachim, zu trennen. Der 61 Jahre alte hohe Richter hatte in seiner vor 40 Jahren verfaßten Doktorarbeit (Thema: „Die europäische Völ-

kergemeinschaft“) den Faschismus verherrlicht und rassistisches Gedankengut propagiert. Angesichts der sozialdemokratischen Kampagne gegen den ehemaligen niedersächsischen CDU-Justizminister Puvogel, der wegen einer Doktorarbeit aus der NS-Zeit zurückgetreten ist, erklärte der hessische CDU-Fraktionsvorsitzende Gottfried Milde, die Sozialdemokraten in Hessen „messen ihren Parteigenossen Joachim mit ganz anderen Maßstäben“. Milde: „Wer selbst Parteigenosse ist, hat bei der SPD offensichtlich einen Anspruch auf Verzeihung für Verirrungen. Wer im anderen politischen Lager steht, wird Opfer eines gnadenlosen Vernichtungskampfes.“ In Niedersachsen hätten sich Sozialisten und Kommunisten in einer Initiative gegen Puvogel zusammengesetzt, im hessischen Landtagswahlkampf werde versucht, die Affäre „eindeutig herunterzuspülen“.

## SPD-MdB unter Anklage gestellt

Die Staatsanwaltschaft in Kaiserslautern beschuldigt den Grünstädter SPD-Bundestagsabgeordneten Rudolf Kaffka, gemeinsam mit seinem früheren Assistenten Heinz Weigel, den Staat um 215 000 Mark betrogen zu haben. Nach den Ergebnissen des länger als ein Jahr dauernden Ermittlungsverfahrens sollen Kaffka und Weigel als Vorsitzende beziehungsweise Geschäftsführer des „Vereins für staatsbürgerliche und jugendpolitische Bildung e. V.“ vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen zu hohe Zuschüsse für Seminare des Vereins kassiert haben. Dem SPD-Bundestagsabgeordneten und seinem früheren Assistenten werden in diesem Zusammenhang Betrug, Untreue und mehrfache Urkundenfälschung vorgeworfen.

## ■ MITTELSTANDSVEREINIGUNG

# Der Aderlaß der Selbständigen muß gestoppt werden

„Mehr Selbständigkeit — weniger Bürokratie“ war das Leitthema des 23. Bundeskongresses der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU am 2. und 3. Mai 1978 in Göttingen. Nicht nur die Mittelständler der Union können mit den Ergebnissen dieses Kongresses zufrieden sein, denn ihnen erlaubt eine neue Satzung sowie eine verbesserte Beitrags- und Finanzordnung künftig, die Vereinigung stärker als bisher organisatorisch zu straffen und zu formieren.

Für den gesamten deutschen Mittelstand aber sind die 25 Sachanträge zur Mittelstandspolitik von Bedeutung; sie werden richtungsweisend sein für die politische Arbeit des nächsten Jahres. Ziel aller dieser Bemühungen ist es, die drastisch verminderte Bereitschaft, den Sprung in die Selbständigkeit zu wagen, wieder zu stärken. Dabei spielen selbstverständlich die finanziellen und steuerlichen Belastungen der Selbständigen eine wichtige Rolle; mindestens ebenso bedeutend ist jedoch das Problem der Bürokratisierung. Wie der Bundesvorsitzende der Vereinigung, Prof. Dr. Gerhard Zeitel, MdB, ausführte, hat man hierzu bereits über tausend Beispiele gesammelt.

Diese Wucherung bürokratischer Hemmnisse ist die fatale Konsequenz des Irrglaubens, der Staat könne alles besser als der einzelne. Der nieder-

sächsische Finanzminister Walther Leisler Kiep forderte deshalb mit Recht zum Nutzen des Mittelstandes eine geistige Wende, damit die politische Wende erfolgen könne. Staatliches Handeln darf nur dort zum Tragen kommen, wo die Aufgaben von der Wirtschaft nicht zu bewältigen seien. Die geforderte Wende in der gesamten wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Entwicklung kann natürlich nur erreicht werden, wenn Selbständigkeit und Selbständige wieder mehr Geltung bekommen, aber auch, wenn sich das unternehmerische Risiko materiell wieder auszahlt.

Den Grad der Resignation in diesem Bereich machte Zeitel an zwei Zahlen deutlich: 600 000 Selbständige weniger gab es in den letzten zehn Jahren — dafür sind 500 000 Beschäftigte mehr in den öffentlichen Dienst gerückt. Dieser Tendenz will die Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU in einer breit angelegten Offensive entgegenreten, entsprechend ihrem Selbstverständnis als „Speerspitze der Selbständigen“ in der Bundesrepublik.

Daß diese Wende nicht von heute auf morgen herbeizuführen ist, machte der Vorsitzende des Diskussionskreises Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansheinz Hauser (Krefeld) in seinem Tätigkeitsbericht deutlich. Er stellte fest, daß Wiederherstellung eines soliden wirtschaftlichen Kurses auf der Basis der Sozialen Marktwirtschaft nur

vor dem Hintergrund eines weiten gemeinsamen Konsenses über gesellschaftliche Grundfragen möglich ist. Voraussetzung dafür ist natürlich eine Regierung mit einem Konzept und einer Mehrheit, die auch für kritische Fragen ausreicht. Neben dieser Wende im Grundsätzlichen sind aber auch heute schon Maßnahmen möglich, die als Signal verstanden werden können.

So forderte Hauser den Abbau der ertragsunabhängigen Gewerbesteuer und hier besonders die Abschaffung der Lohnsummensteuer, die nach seinen Worten „ein Aufatmen unter den Betroffenen“ auslösen könnte.

Ein weiterer Höhepunkt des zweitägigen Kongresses war der Vortrag des Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses des Bundestages, Dr. Rainer Barzel. Er forderte eine Entscheidung in Ludwig Erhardscher Dimension. Was früher Bezugs-scheine gewesen seien, seien heute zuviel Paragraphen, Formulare und Ämter. Er beklagte die Mittelstandsvernichtung der letzten Jahre und wies darauf hin, daß die Zahl der Gewerbeabmeldungen immer mehr die der Neuanmeldungen übersteige.

In vier Arbeitskreisen befaßten sich die Delegierten mit den Bereichen: „Mehr Selbständigkeit — Frauen leisten ihren Beitrag“, Mehr Selbständigkeit — Tendenzwende in der Politik“, „Freie Berufe für freie Bürger“ und „Entstaatlichung durch Privatisierung“. Alle Berichterstatter der Arbeitskreise bekundeten Einigkeit darüber, daß eine breite Bewegung für die Förderung der Selbständigenexistenz unterstützt werden müsse.

Schwerpunkt der Beratungen der Bundesdelegiertenversammlung bildete die Diskussion der mehr als 25 Anträge, die sich zum einen mit dem Thema des

Kongresses, nämlich mehr Selbständigkeit — weniger Bürokratie, aber auch mit Fragen der Steuerpolitik und der Gesellschaftspolitik befaßte. Aus den zahlreichen Anträgen seien hier herausgegriffene Vorschläge zur Neuordnung der Finanzämter, gesetzgeberische Initiativen zur Wiederherstellung der Ertragskraft der Wohnungswirtschaft und des privaten Hausbesitzes sowie die bereits erwähnte Abschaffung der Lohnsummensteuer. Alle diese Anträge haben das Ziel, die aktuellen Bedrängnisse des Mittelstandes mildern zu helfen; zur Herbeiführung der notwendigen wirtschaftlichen Wende allerdings bedarf es der bereits erwähnten Wende im Grundsätzlichen.

Hierzu kann ein einziges Aktionsprogramm kaum genügen; vielmehr bedarf es einer mittel- und langfristigen Umorientierung. Dazu müßte schon in den Schulen und im Erziehungsbereich allgemein angesetzt werden, indem auf die unverzichtbare Rolle der Selbständigen in unserem marktwirtschaftlichen System vorurteilslos hingewiesen wird.

Der 23. Bundeskongreß der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU hat gezeigt, daß eine aktive, an den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft orientierte Mittelstandspolitik, die nur eine Politik zum Nutzen der ganzen überwiegenden Mehrheit unseres Volkes sein kann, nur von der Union betrieben wird. Die Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU wird die von der Göttinger Tagung ausgehenden Antriebskräfte so schnell wie möglich in konkrete politische Aktionen umsetzen und — in enger Zusammenarbeit mit dem Diskussionskreis Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion — die notwendigen gesetzgeberischen Initiativen ergreifen.

## ■ FRAUENVEREINIGUNG

# Aktionsprogramm '78 vorgestellt

Mit dem in Bonn vorgestellten **Aktionsprogramm '78 „Wahlfreiheit sichern — Partnerschaft verwirklichen“** aktualisiert die **Frauenvereinigung der CDU** ihr **Dortmunder Grundsatzprogramm**. Unter **Beibehaltung der bisherigen Ziele** wird die **Strategie ihrer politischen Durchsetzung** den **gewandelten gesellschaftspolitischen Bedingungen** angepaßt. In diesem Sinne bietet das **Aktionsprogramm ein solides Angebot an praktischer und grundsatztreuer Reformpolitik**, erklärte die **Bundsvorsitzende MdB Helga Wex**.

**S**einer Zweckbestimmung entsprechend gliedert sich das **Aktionsprogramm** in den einzelnen Kapiteln jeweils in eine **Situationsanalyse**, in eine **nachfolgende Erläuterung** und **Begründung** der eigenen politischen Zielsetzungen und in anschließende **Vorschläge**, zu deren konkreter Verwirklichung.

Inhaltlich ist das **Aktionsprogramm** von der Überzeugung getragen, daß **Staat und Gesellschaft** in zunehmendem Maße auch auf die **verantwortliche Mitarbeit der Frauen**, auf ihre **Intelligenz und Kreativität**, angewiesen sind. Deswegen sind die von der **Frauenvereinigung der CDU** angestrebten **Aktionen** nicht nur darauf ausgerichtet, die **Wahlfreiheit der Frau** zu sichern und das **Leitbild der Partnerschaft** zu verwirklichen, sondern auch darauf, das **öffentliche Engagement der Frau** in und für **Staat und**

**Gesellschaft** zu fördern. Die **Beseitigung** des zu Lasten der **Frauen** bestehenden **Nachholbedarfs** an **Gerechtigkeit** kann nicht allein durch den **Staat** geschehen. Dazu ist auch die **Mitwirkung der Frauen selbst** vonnöten. Das **Aktionsprogramm '78** ist hierzu ein **Beitrag**.

Hierzu einige Beispiele:

### **Aktion „Gemeinsam statt einsam“**

Die **Frauenvereinigung** hat ihre **zahlreichen solidarischen Hilfen** für **Familie, Kinder und Mitbürger** unter diesem **Motto** verstärkt.

Sie will damit **Hilfe zur Selbsthilfe** geben, das **Bewußtsein** für die **Notwendigkeit solidarischen Handelns** in unserer **Gesellschaft** stärken, **Vereinsamung** abbauen und **menschliche Kontakte** fördern.

### **Familien helfen Familien**

— durch **Organisierung** eines **Babysit-terdienstes**, durch **Einrichtung** von **Nachbarschaftszirkeln**, in denen die **Kinder** ihre **Schularbeiten** **gemeinsam** unter **Aufsicht** machen können.

**Angebot** eines **Informations- und Familiennotdienstes**, zu dem sich **Mitglieder der Frauenvereinigung** **zusammenschließen**. Sie stehen auf **telefonischen Anruf** zur **Hilfe** bereit, wenn **Kinder** zu **betreuen** sind, **Alte** und **Kranke** für **kurze Zeit** der **Pflege** bedürfen, **Einkäufe** erledigt werden müssen und **Behörden-gänge** **notwendig** sind. **Zeitungsanzeigen** machen auf diesen **Notdienst** **aufmerksam**.

**CDU**

## DAS OFFIZIELLE ZEICHEN DER EUROPÄISCHEN VOLKSPARTEI (EVP)

In der Bundesrepublik Deutschland finden am 10. Juni 1979 die ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament statt. Es gilt jetzt, unsere Mitbürger auf diese Wahl und ihre Bedeutung hinzuweisen und zugleich deutlich zu machen, daß die CDU die Europa-Partei in Deutschland ist und ihre Politik gemeinsam mit den anderen christlich-demokratischen Parteien Europas verwirklichen will.

Angesichts der bevorstehenden Landtags- und Kommunalwahlen bieten sich hervorragende Möglichkeiten, unsere Mitbürger über die Politik der CDU für Europa zu informieren. Dazu sollten Sie die zahlreichen Kreis- und Stadtverbandsmitteilungen und die vielen CDU-Zeitungen nutzen.

Verwenden Sie auf diesen Veröffentlichungen stets das offizielle Zeichen der EVP. Damit der unmittelbare Bezug hergestellt wird, sollten CDU- und EVP-Zeichen immer miteinander kombiniert werden. Einige Gestaltungsbeispiele finden Sie bei diesem Brief und auf der nächsten Seite.

Übrigens: Die CDU-Kreisverbände haben Reproduktionsvorlagen des EVP-Zeichens.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihre Abteilung Öffentlichkeitsarbeit



Gemeinsam  
für ein Europa  
freier Menschen



Gemeinsam  
für ein Europa  
freier Menschen



Gemeinsam  
für ein Europa  
freier Menschen

**CDU**

**CDU**  
sicher  
sozial  
und frei



Gemeinsam  
für ein Europa  
freier Menschen



Gemeinsam  
für ein Europa  
freier Menschen

UNION BETRIEBS GMBH  
5300 BONN  
ARGELANDERSTRASSE 173  
POSTVERTRIEBSSTÜCK  
Z 8398 CX  
GEBÜHR BEZAHLT

## ■ ZITAT

### Auf dem Vormarsch

Die Kommunalpolitik kommt wieder zu Ehren. Ausgerechnet die Union, die in der guten alten Zeit nicht in der Gefahr stand, die „Krämertpolitik“ besonders zu estimieren, scheint den neuen Trend als erste erkannt zu haben. Seit sie im Bund auf die harte Oppositionsbank verbannt wurde, hat sie mit bemerkenswerter Konsequenz ihre Formationen vor Ort aktiviert. „Unser innerparteiliches Gewicht war noch nie so groß wie heute“, konstatiert Horst Waffenschmidt, der agile Vorsitzende der „Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU“ (KPV).

Schon auf dem Mainzer „Reformpartei-tag“ Ende 1969 forderte Generalsekretär Bruno Heck, die Partei müsse vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Entsprechend wurden in der Folge der hauptamtliche Apparat auf der mittleren und unteren Ebene beträchtlich ausgebaut, die Mitgliederwerbung forciert

und die Organisationsdichte verbessert. Der in erstaunlich kurzer Zeit vorangetriebene Wandel vom lockeren Honoratiorenbund in eine moderne Arbeiterpartei erlaubte ein flächendeckendes kommunales Engagement, das vornehmlich die Freien Wählergemeinschaften treffen mußte. Bei der baden-württembergischen Kommunalwahl von 1975 beispielsweise trat die CDU in 600 Gemeinden erstmals mit eigenen Listen an. Bis dahin hatte sie dort das Feld den „Freien“ überlassen.

Auch inhaltlich ging die Union in die Offensive. Die von der SPD meisterhaft beherrschte Kunst, politische Begriffe zu besetzen und die Sprache als Kampfmittel zu benutzen, wurde abgeschaut und vor Ort erprobt.

Wenn nicht alles täuscht, besitzt die Union für die Bewältigung dieser Herausforderung ideologisch die größere Lösungskompetenz. „Dezentralisierung“ könnte ihr Lösungswort heißen. Es klänge nicht nur besser als das „mehr Planung, noch mehr EDV“ der SPD. Die Union, so scheint es, hat die Chance, wieder den Gleichschritt mit dem Zeitgeist zu finden.

Deutsche Zeitung, 5. Mai 1978

**Union in Deutschland** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (0 22 21) 21 80 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7504 152, BLZ 380 500 00. Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düs-

# Ud